



Professor Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und gibt hier seine persönliche Meinung wieder.

Bessere Pflege kostet mehr Geld

Obwohl die teils dramatisch schlechte Versorgung von Pflegebedürftigen keineswegs ein Geheimnis ist, war die Pflege lange kein Wahlkampfthema. Manchmal sind Fernseh-Talkshows aber auch zu etwas gut. Nachdem in Talk-Runden Pflegekräfte die Qualität der Pflege massiv in Frage gestellt hatten, wurde die Pflege am Ende der Wahlkampfzeit noch zu einem großen Thema.

Die lange Zeit marginale Bedeutung der Pflege im Wahlkampf hat überrascht, weil eine verbesserte Pflegequalität auf der Prioritätenliste der Menschen weit oben steht. Die Bundesregierung selbst hatte – gemeinsam von Kanzlerin und Vizekanzler gesteuert – im Jahr 2016 die Qualität der Pflege in eine Liste mit Politikbereichen aufgenommen, die für die Lebensqualität in Deutschland entscheidend sind. Und im Wahljahr wurden in einer Befragung von *Kantar Public* in Zusammenarbeit mit dem DIW Berlin über 1 000 repräsentativ ausgewählte Personen im Alter ab 18 Jahren darum gebeten, das am meisten drängende Politikproblem zu nennen. Dabei wurde von über der Hälfte der Befragten – nicht überraschend – die Flüchtlings-, Migrations- und Asylpolitik spontan genannt. Von 20 vorgegebenen Politikthemen wurde der Erhalt der Demokratie und Freiheit in Deutschland an die Spitze gesetzt, aber dann folgten gleichauf eine wirksame Bekämpfung der Kriminalität und die Verbesserung der Qualität der Pflege alter Menschen. Offensichtlich zählt eine verbesserte Pflegequalität somit zu den fünf wichtigsten Herausforderungen der Politik in der Zukunft, während Themen wie die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, die Staatsverschuldung, die Begrenzung der Mietkosten oder die Intensivierung der Entwicklungshilfe als weniger wichtig bewertet werden. Ganz ans Ende der Wichtigkeit wurde eine Verlängerung der Lebenserwartung gesetzt.

Eine Analyse der Daten zusammen mit Frieder Lang von der Universität Erlangen-Nürnberg zeigt, dass bessere Pflege für alle Altersgruppen einen hohen Stellenwert hat. Eigentlich ist zu erwarten, dass so ein Thema im Wahlkampf eine große Rolle spielt. Könnte es sein, dass das Thema von den

Diskutanten nahezu vergessen wurde, weil es Menschen mit Hauptschulabschluss und mittlerer Reife sind, die dem Thema der verbesserten Pflegequalität im Alter eine deutlich höhere Wichtigkeit einräumen als Befragte mit Abitur? Könnte es daran liegen, dass gut Verdienende sich im Alter eine private Pflege leisten können?

Was also kann und sollte die neue Bundesregierung tun? Die vielbeschworene Digitalisierung bietet zwar auch eine Chance für eine deutlich bessere Qualität der Pflege, da Computer und „Assistenzroboter“ nicht nur administrative Aufgaben, sondern auch etliche der körperlich anstrengenden Aufgaben in der Pflege selbst, beispielsweise beim Umbetten von schwer Pflegebedürftigen, unterstützen und erleichtern können. Aber die Pflegequalität muss von der Körperpflege und administrativen Pflichten weg hin zur zuwendenden Beziehungspflege fortentwickelt werden. In der Pflege muss mehr Zeit für jeden einzelnen Menschen sein.

Angesichts der mit größter Wahrscheinlichkeit steigenden Zahl von Pflegebedürftigen muss es daher eine zentrale Politikentscheidung sein, die Ausgestaltung der Pflegeversicherung nicht an der Begrenzung der Lohnnebenkosten (also möglichst niedrigen Beitragssätzen) auszurichten, sondern sich bei der Pflegefinanzierung an den Kosten für eine menschenwürdige Pflege zu orientieren. Nicht zuletzt weil – sachlich völlig zu Recht – in Wahlprogrammen auch gefordert wurde, dass die Tarifparteien bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte vereinbaren sollen. Diese Forderung ist wie so vieles in der Pflegepolitik etwas merkwürdig. Denn die Politik selbst verhandelt ja als Arbeitgeber die Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst – niemand hindert sie, vernünftigeren Verträge zu vereinbaren, sofern sie das Dogma der Stabilität des Beitragssatzes aufgeben. Man darf gespannt sein, wie ehrlich sich die künftigen Regierungsparteien in den Koalitionsverhandlungen machen werden.

Dieser Kommentar erschien in ähnlicher Form in der Fuldaer Zeitung vom 6. Oktober 2017.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Crijte Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Claudia Cohnen-Beck
Prof. Dr. Christian Dreger
Daniel Kemptner
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Stefan Etgeton
Katharina Lehmann-Uchner
Karl Brenke

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

Satz-Rechen-Zentrum, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.